

## Linke: Kliniken sollen mehr Patienten ambulant behandeln

**HEILBRONN** Über die Folgen von Krankenhausschließungen im ländlichen Raum diskutierten die Linken auf einer Fachtagung im Heilbronner Gewerkschaftshaus. Veranstalter war das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Mit Sorge sehen die Teilnehmer den drohenden Versorgungslücken entgegen, der durch den Ärztemangel noch verstärkt wird.

Harald Weinberg, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, erklärte, wie sich Krankenhäuser über diagnose-

bezogenen Fallpauschalen finanzieren. Der gezahlte Betrag habe mit den tatsächlichen Kosten nichts zu tun. Gerade Leistungen der Grundversorgung in kleinen Häusern würden so schlecht vergütet, dass sie damit betriebswirtschaftlich nicht erfolgreich arbeiten könnten.

Ein besonderes Problem des Fallpauschalensystems sei, dass die Pflegearbeit nicht gesondert vergütet wird. „Je weniger Pflege, desto kostengünstiger“, fasste Weinberg zusammen. Der Druck auf die Pflegekräfte nehme zu. Fallpauschalen

seien ein Instrument der Zentralisierung und Rationalisierung von Abläufen. Sie begünstigten vor allem große Häuser. Der Krankenhausstrukturfonds sei ebenfalls ein Instrument, um das Schließen kleiner Häuser mit weniger als hundert Betten voranzutreiben. In Baden-Württemberg zum Beispiel verfare der grüne Sozialminister Manfred Lucha nach dem Motto: Wer Geld aus dem Strukturfonds will, muss schließen. Das werde jedes fünfte Krankenhaus treffen. Weinberg sprach von einer geheimen Agenda,

deren Antreiber in der Bundespolitik zu suchen seien. Zusätzlich sieht er einen zunehmenden Privatisierungsdruck.

Günter Busch, ehemaliges Mitglied im Landesbezirksvorstand von Verdi für den Bereich Gesundheit und Soziales, beschrieb die Lage im Land. Die aktuelle Politik verfolge die Steuerung über den Markt, anstatt über den Bedarf an Gesundheitsversorgung die Strukturen bereitzustellen. Er schlägt regionale Gesundheitskonferenzen mit allen gesellschaftlichen Akteuren vor.

Dort sollen die Bedarfe vor Ort erfasst und erfüllt werden.

Um einer Unterversorgung auf dem Land entgegenzuwirken, müsse die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung aufgehoben werden, so Busch weiter. Die Krankenhäuser müssen verstärkt auch ambulant behandeln dürfen. Krankenhäuser in der Fläche müssten erhalten und finanziell besser ausgestattet sein. Wer gegen Klinikschließungen protestiere, müsse dabei auch über den eigenen Tellerand hinausschauen. *red*